

Ulrike Tylkowski wehrt sich gegen Anschuldigungen

Bevorstehendes Abwahl: Bürgermeisterin sieht sich weiter als Mobbing-Opfer und kritisiert den VG-Vorsitzenden

VON JÜRGEN BACKHAUS

Asbach-Sickenberg. Bürgermeisterin Ulrike Tylkowski, die auf Beschluss der fünf Gemeinderatsmitglieder von Asbach-Sickenberg am 10. Dezember abgewählt werden soll, lässt deren Stellungnahme (diese Zeitung am 14. Oktober) nicht unwidersprochen. Es wundere sie nicht, dass die Gemeinderäte behaupten, es habe kein Mobbing gegen sie gegeben, „denn das sagen 99 Prozent aller Mobbingtäter immer als erstes, wenn sie mit dem Mobbing-Vorwurf konfrontiert werden.“

Zugespitzt habe sich ihre Ausgrenzung im Frühjahr 2017 wegen eines im Vorjahr mit einem Landwirtschaftsbetrieb geschlossenen Pachtvertrags für eine Wiese, als klar wurde, dass der Betrieb die Wiese an den Gastwirt unterverpachtet hatte, der im Dorf sehr unbeliebt ist. Dadurch ging es wieder „um alte Verhärtungen und Fronten, die man nicht bereit ist aufzulösen“. Wer sich aber um die Auflösung dieser Verhärtungen bemühe, der gerate zwischen die Fronten.

Die Ratsmitglieder hatten von Grundstücks- und Pachtangelegenheiten, Beschlüssen und deren Umsetzung gesprochen. Tylkowski habe Entscheidungen ohne Einbindung des Gemeinderates getroffen. Dazu sagt sie, es sei nur um einen Pachtvertrag gegangen, und sie habe keinen Anlass gesehen, den von ihr nach Ratsbeschluss im Herbst geschlossenen Vertrag im Frühjahr nochmals vorzulegen.

„Es ist ganz klar eine Lüge, dass ich von den Gemeinderäten, sowohl den jetzigen als auch von den vorherigen, immer respektvoll behandelt wurde“, so Tylkowski. Schon nach der Gemeinderatswahl 2014, bei der die „Hardliner“ weniger Stimmen erhielten als erwartet, hätten diese die Zusammenarbeit mit ihr abgelehnt, indem sie ihre

Wahl nicht annahmen. Dann sei auch der Feuerwehrchef zurückgetreten.

Ein von ihr initiiertes Mediationsverfahren sei boykottiert worden. In den Sitzungen seien verächtliche Verhaltensweisen gefolgt. Ihr Stellvertreter habe seine Aufgaben nicht wahrgenommen. „Alles, was im Katalog von Anti-Mobbing-Beratungen aufgelistet ist, habe ich in immer stärker werdender Form in diesen Jahren erlebt“, so Ulrike Tylkowski. Am Gründonnerstag habe sie bei Landrat Henning Hilfe gesucht, aber er habe keine Möglichkeiten gesehen, sie zu unterstützen. Dem Leiter der Verwaltungsgemeinschaft Uder, Thomas Heddergott, hält sie vor, beim Streit um

den Pachtvertrag nicht umgehend ein Gespräch mit ihr und den Ratsmitgliedern angesetzt zu haben. Stattdessen habe er einseitig Ratsmitglieder beraten, „wie sie gegen ihre Bürgermeisterin vorgehen können.“ Aufgrund von Verdächtigungen und Spekulationen habe er überlegt, wie man „ohne eine einzige Fehlentscheidung meinerseits“ ihre Verfügungsmöglichkeiten einschränken könnte.

Dazu sagt Thomas Heddergott, dass am 1. April aufgrund einer Anzeige bekannt wurde, dass der Sportplatz illegal gebaut wurde. Er sei sofort bei der Bauaufsicht tätig geworden, um das Problem zu lösen, und dann dem Sportverein, dessen Vorsitzender Ratsmitglied ist, Bericht

erstattet. Zugespitzt habe sich die Situation, als nebenan der Gastwirt die Pachtwiese für seine Rinder einzäunte, obwohl der Sportverein diese nutzen wollte. Nach Heddergotts Darstellung hatte die Bürgermeisterin nicht beachtet, dass eine Unterverpachtung der Zustimmung des Gemeinderates bedurfte. Der Wirt habe zur Nutzung der Wiese nur eine Zusage von dem Betrieb gehabt.

Wie Heddergott berichtet, hatte er schon vorher in Ratssitzung vergeblich versucht, einen Kompromiss bei Sitzungsniederschriften zu erreichen, die der Rat nicht bestätigte, weil die Bürgermeisterin sie geschrieben hätte. So fehlten von vielen Sitzungen Nachweise. Zudem

schenke der Gemeinderat ihr wegen privater Geldprobleme bezüglich der Gemeindefinanzen kein Vertrauen mehr.

Für „unangenehme Dinge“ im Umgang mit Gemeindefinanzen, auf den sich die fünf Ratsmitglieder beziehen, sieht Tylkowski kein belegtes Beispiel. Das sei übliche Nachrede. Jedoch sagt Heddergott, dass der Rat im Juni ihre Verfügungssumme von 1500 auf 250 Euro reduzierte, weil für die Gemeinde nicht erforderliche Summen ausgegeben worden seien. Die Verwaltung habe dann bei genauem Nachsehen einige fragwürdige Ausgaben gefunden und eine Rechnung dem richtigen Adressaten zugesandt.

Dass die Gemeinderäte kein Vertrauen in ihre Integrität in Geldangelegenheiten hätten und damit ihre Amtsführung beeinträchtigt sei, „erfüllt nach meiner Meinung den Tatbestand des Rufmordes“, sagt die Bürgermeisterin. Mit Bezug auf private Geldangelegenheiten werde unterstellt, sie würde mit Gemeindegeld unsauber umgehen. Die Gemeinderäte und einige Asbacher dächten offenbar nur in Schwarz-Weiß: „Ist an einem Menschen nur ein schwarzes Haar zu finden, ist alles an ihm schwarz.“ Jedoch findet der VG-Chef, die Bürgermeisterin würde jeden verdächtigen, gegen sie zu arbeiten, der nicht 100-prozentig ihrer Meinung sei.

Es ist eine verworrene Geschichte, in der seit Jahren immer wieder auch Gastwirt Andreas Klampff vorkommt. Es wird erzählt, Tylkowski wurde um die Kandidatur 2015 gebeten, damit der Wirt nicht antritt. Und er hat dann bei Bekanntwerden der geplanten Abwahl der Bürgermeisterin von einer „Hexenjagd“ gegen sie gesprochen. Sie selber meint auch, die Haltung ihr gegenüber habe damit zu tun, dass sie keine Marionette sei, sondern eigene Positionen habe.



Am 10. Dezember sollen Asbach-Sickenbergs Wähler entscheiden, ob Bürgermeisterin Ulrike Tylkowski (Freie Wähler) im Amt bleiben kann oder nicht. Foto: Silvana Tismer